

Linker Druck auf Vermieter: Muss der AfD-Landesparteitag wieder verschoben werden?

BERLIN – Darf eine demokratisch gewählte Partei in der deutschen Hauptstadt keinen Landesparteitag abhalten? Fast scheint es so, denn die Berliner AfD sucht seit Monaten einen geeigneten Veranstaltungsort und fing sich Absage auf Absage ein.

Der Grund ist augenscheinlich nicht, dass Gastwirte in Berlin nicht an die Partei vermieten wollen, sondern dass massiver Druck ausgeübt wird, sobald jemand seine Bereitschaft erklärt, Räume zur Verfügung zu stellen.

Jüngstes Beispiel: das Ballhaus Pankow in Niederschönhausen. Bereits im vergangenen Jahr – so die AfD – habe man einen Mietvertrag für das Wochenende 25./26. Januar geschlossen. Nun habe aber ein linkes Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ dem Vermieter mit Protestaktionen gegen den Parteitag und damit sein Lokal angedroht. Und wie solche Protestaktionen gegen die AfD aussehen, hat man gerade in Berlin schon häufig erleben müssen.

Das Ballhaus Pankow bestätigte, dass es eine Anfrage der AfD gab, bestreitet aber, dass ein Mietvertrag geschlossen wurde. Die AfD vermutet, dass der Vermieter Angst vor gewalttätigen Übergriffen und der Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz habe. Die Partei glaubt, dass der Vermieter sich aus Angst vor gewalttätigen Übergriffen und der Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz zurückgezogen habe. Die AfD kündigte an, nun vor Gericht zu ziehen. Kaum vorstellbar, dass es noch eine Lösung bis Ende Januar geben wird.

Berlins AfD-Chef Georg Pazderski hatte sich sogar vergangenes Jahr hilfesuchend persönlich an den Regierenden Bürgermeister

Michael Müller (SPD) gewandt. Doch der lehnte kühl ab.

Schlafender angezündet

Obdachloser

BERLIN – Was sind das bloß für Menschen?

Ein Unbekannter hat in der vergangenen Nacht einen schlafenden Obdachlosen im Vorraum einer Bank in Charlottenburg angezündet. Der 45-Jährige erlitt schwere Verletzungen und wurde in ein Krankenhaus eingeliefert.

Ein Kunde hatte die Polizei kurz nach Mitternacht zu der Bank in der Otto-Suhr-Allee gerufen. Er hatte vorher mindestens zwei Obdachlose dort gesehen und intensiven Brandgeruch wahrgenommen. Als die Polizei ankam, war nur das Opfer noch dort.

Bereits am Heiligen Abend 2016 hatte es in Berlin einen ähnlichen Vorfall gegeben. Damals versuchten Jugendliche einen Obdachlosen in einem U-Bahnhof anzuzünden. Damals griffen Zeugen ein und verhinderten Schlimmeres

Fassade von AfD-Politiker aus Pankow beschmiert

BERLIN – Der Psychoterror linker Extremisten gegen Polizei und unliebsame Politiker hält unvermindert an. Aktuelles Ziel: der Berliner AfD-Abgeordnete Herbert Mohr aus Pankow. Auf die Fassade seines Hauses schrieben sie „Herbert du Nazi“. Mohrt Mutter habe noch einige Jugendliche wegrennen sehen.

Der Politiker war schon vorher Ziel von Drohungen und Schmierereien. Erst vor wenigen Tagen wurden er und seine Freundin auf offener Straße im Florakiez mit Böllern beworfen und als Nazi beschimpft worden.

Zahlreiche Autos in Berlin „abgefackelt“ – „SA-Methoden“ gegen konservativen Journalisten

BERLIN – In Berlin sind in der Silvesternacht zahlreiche Autos angezündet worden. Die Anschläge ereigneten sich in den Bezirken Tempelhof-Schöneberg, Neukölln, Steglitz-Zehlendorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf, Spandau, Mitte, Pankow und Reinickendorf.

In manchen Fällen handelt es sich bei den Anschlägen wohl um sinnfreien Vandalismus, etwa am Mittwochmorgen in Tiergarten, wo „sechs Jugendliche“ von Zeugen gesehen wurden, wie sie auf

dem Dach eines Autos herumsprangen und dann flüchteten.

Aber es gab auch Anschläge, die politisch motiviert sind. So wurde das Auto des bekannten Journalisten Gunnar Schupelius (BZ) „abgefackelt“, wie das in der linksradikalen Kriminellenszene genannt wird. Schupelius gehört zu den meistgelesenen Journalisten der Metropole, weil er Missstände klar benannt und dabei keine Rücksicht auf Politische Korrektheit nimmt. Schon einmal war er deshalb Ziel eines Anschlags. Sein Wagen brannte nun völlig aus, mehrere weitere Fahrzeuge wurden beschädigt.

Kurz nach Mitternacht am ersten Weihnachtstag war auf dem linksextremistischen Portal „indymedia“ ein Bekennerschreiben veröffentlicht worden. Darin drohten die Verfasser, sie würden Schupelius wegen seiner „Drecksartikel“ auch zukünftig das Leben schwermachen. Und zynisch weiter: „Ein kleiner Rat an Gunni, schreib lieber Backrezepte: Hasspropaganda wird immer für Gegenfeuer sorgen!“

Auch Berlins SPD-Chef Jan Stöß rief inzwischen zur Solidarität mit dem konservativen Journalisten auf und stellte fest: „Das sind SA-Methoden!“

Räumung des Weihnachtsmarktes am Breitscheidplatz: Berliner

Polizei ist wachsam

BERLIN – Das ist noch einmal gut gegangen. Offenbar handelt es sich bei dem Terroralarm gestern am Berliner Breitscheidplatz nicht um einen tatsächlichen Anschlagsversuch. Polizeibeamte hatten am Abend zwei Männer bemerkt, die sich auffällig eilig vom Weihnachtsmarkt entfernten und dabei mehrere Besucher anrempelten und zur Seite drängten.

Die Polizisten kontrollierten und befragten die beiden 21 und 24 Jahre alten Männer, die sich in Widersprüche zu ihrer Identität verwickelten. Bei der Überprüfung wurde auch ein Bezug zum Salafismus festgestellt. Die Polizeiführung entschloss sich daraufhin, den Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz komplett zu räumen. Innensenator Andreas Geisel (SPD) sagte später, der Einsatz zeige, dass die Berliner Polizei sensibilisiert für die Gefahren sei, die der Stadt drohen: „Wir befinden uns nicht im Routinemodus...

Fast genau vor drei Jahren war der aus Tunesien stammende Islamist Anis Amri mit einem Lastwagen in den Weihnachtsmarkt gerast und hatte dabei zwölf Menschen getötet und mehr als 70 zum Teil schwer verletzt. Bundeskanzlerin Merkel hatte sich erst nach einem Jahr mit den Angehörigen der Opfer getroffen und dadurch massive Kritik ausgelöst.

Kriminalität und

Verwahrlosung: Unser Berlin verrottet

BERLIN – Für nicht wenige Bürger ist Berlin inzwischen zu einem *failed state*, einer Millionenmetropole geworden, in der Verwahrlosung und Kriminalität überall an Boden gewinnt. Die *Berliner Morgenpost* berichtet heute über das Elend des Drogenhandels in den Berliner U-Bahnhöfen. Danach ist die U8 mit den „Brennpunktbahnhöfen“ Leinestraße, Boddinstraße und Schönleinstraße ein Magnet für Dealer geworden. Fahrgäste, darunter auch Kinder, müssen mitansehen, wie am helllichten Tage dort Drogen gehandelt und konsumiert werden. Auf den Sitzbänken hängen Junkies ab, die Crack rauchen oder sich Heroin in die Venen spritzen.

Wenn der rot-rot-grüne Senat das Thema energisch in Angriff nähme, wäre das Problem wahrscheinlich noch in den Griff zu bekommen. Aber der hat – wie beim inzwischen bundesweit bekannten Görlitzer Platz – scheinbar gar kein Interesse, die Drogenszene auszutrocknen. Die Sicherheit der gesetzestreuen und anständigen Bürger ist für die Berliner Regierung nur nachrangig.

Stattdessen hat der Senat gerade am Freitag 5000 Euro bereitgestellt für einen „Berliner Preis für Lesbische* Sichtbarkeit“. Wieder einmal irgendein neuer Preis, der Partikularinteressen der linken Szene bedient, damit die brav nächstes Mal alle wieder zum Wählen kommen....
Und unsere Stadt verrottet derweil....

Spazierengehen im Park ist in

Berlin mancherorts keine Freude mehr

BERLIN – Allein im Görlitzer Park wurden bisher in diesem Jahr 1.146 Straftaten festgestellt. Das berichtet die *Berliner Morgenpost* heute unter Bezug auf eine parlamentarische Anfrage des FDP-Abgeordneten Marcel Luthe. Danach ist der „Görli“ Spitzenreiter unter den Berliner Parkanlagen, wenn es um Kriminalität geht. Im Vorjahr waren es „nur“ 1031 registrierte Straftaten. Neben Drogenhandel wurden dabei auch 154 „Rohheitsdelikte“ wie Körperverletzung registriert.

Auch im Park am Gleisdreieck gab es bis Mitte November 496 Straftaten, ein deutlicher Anstieg (2018: 132).

Im Kleinen Tiergarten habe es bis Mitte November 331 Straftaten (2018: 332) Straftaten gegeben, vorwiegend Drogendelikte. Im Großen Tiergarten wurden insgesamt weniger Straftaten registriert als im Vorjahr. Dort gab es allerdings in diesem Jahr schon zehn sexuelle Übergriffe

In drei weiteren Parks wurden in diesem Jahr zusammen mehr als 400 Straftaten erfasst.

In der der traurigen Rangliste folgen der Treptower Park mit 68 Straftaten (2018: 61), das Tempelhofer Feld mit 37 Straftaten (2018: 104) und der Viktoriapark, wo es bislang 36 Straftaten gab (2018: 34).

Am sichersten sind der Bürgerpark Pankow (10), der Volkspark Rehberge (9) und der Volkspark Schönholzer Heide, wo es bisher keine Straftat zu melden gab.

Bauernproteste in der Berliner Regierungsblase: Der Druck im Kessel steigt

von KLAUS KELLE

Es brodelt an allen Ecken und Enden. Politiker, die ernsthaft immer noch behaupten, Deutschland gehe es gut und alle großen Probleme seien unter Kontrolle, leiden – freundlich formuliert – an einer extremen Wahrnehmungsstörung.

Die durch katastrophale Fehlentscheidungen der Regierung Merkel 2015 und 2016 verursachte weitgehend illegale Masseneinwanderung von Flüchtlingen und Migranten nach Deutschland, zum weit überwiegenden Teil in unsere Sozialsysteme, verbunden mit einer Welle der Gewalt, mit Messerstechereien, Tötungsdelikten und Tausenden sexuellen Übergriffen gegen Frauen in jedem Jahr, haben in der Berliner Regierungsblase bis heute erkennbar kein konsequentes Umdenken bewirken können. Weiter zurückliegend aber in diesem Zusammenhang durchaus zu erwähnen, der wahltaktisch motivierte und völlig irrationale Ausstieg aus der Kernenergie, nicht vom Parlament beschlossen, sondern am Telefon von Frau Merkel nach Fukushima angeordnet von brav vollzogen.

Für das kommende Jahr wird von Experten unisono eine wirtschaftliche Schieflage vorausgesagt, ob es zu einem weiteren großen Crash wie 2008 kommen wird, was Ökonomen wie Dr Markus Krall voraussagen, werden wir erleben oder hoffentlich auch nicht.

Doch das neue Staatsziel der Klimarettung belastet nicht nur unsere öffentlichen Haushalte mit Milliardenbeträgen, nicht nur die Politik, nicht nur den – nicht stattfindenden – Schulunterricht für Greta Tunbergs „Fridas for Future“-Hochämter. Es schadet vor allen Dingen unserer

Volkswirtschaft, den Käufern und Herstellern von Dieselfahrzeugen, die in zunehmendem Maße mit Auflagen zur CO2-Reduzierung in den politischen Schwitzkasten genommen werden. Und die deutsche Autoindustrie ist bis heute der Motor unserer Wirtschaft. Wer jetzt an die großen Hersteller die Axt legt, gefährdet Wohlstand und Sozialstaat massiv.

Und nun die Landwirte. 10.000 Bauern brachten mit ihren Traktoren gestern den Straßenverkehr der Hauptstadt zeitweise zum Erliegen. Und warum? Weil es dringend notwendig ist, die Proteste der zunehmend ungehaltenen Bürger endlich auch auf die Straßen zu bringen.

Dieser Protest gestern in Berlin richtete sich vornehmlich gegen die strengeren Vorgaben zum Insekten- und Umweltschutz und die Düngebeschränkungen zum Schutz des Grundwassers. Viele bäuerliche Betriebe seien durch neue Gesetze in ihrer Existenz gefährdet, schimpften Redner auf der zentralen Kundgebung. Als Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) das Wort ergriff, um für die neuen Regeln zum Grundwasser- und Insektenschutz zu werben, drehten ihr viele Demonstranten den Rücken zu und buhten sie aus. Sie wird nicht die letzte Ministerin sein, der so etwas widerfährt.

**EILMELDUNG +++ Sohn des
früheren Bundespräsidenten
von Weizsäcker bei Vortrag**

erstochen +++

BERLIN – Chefarzt Fritz von Weizsäcker (59), Sohn des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, ist am Abend gegen 18.50 Uhr während eines Vortrags in einer Berliner Privatklinik erstochen worden.

Rund 20 Teilnehmer hörten die Rede, als ein Mann den Arzt unvermittelt angriff und niederstach. Einer der Zuhörer – ein Polizist, der privat zugegen war – griff ein und warf sich zwischen den Angreifer und das Opfer. Dabei wurde auch er schwer verletzt.

Andere Zuhörer ergriffen den Täter und hielten ihn fest bis der Polizei eintraf. Über den Täter und sein Motiv ist noch nichts bekannt. Fritz von Weizsäcker starb trotz Reanimation von am Tatort.

Streit um Kriminalität und Antisemitismus in Neukölln

von Klaus Kelle

Ich weiß nicht, ob man urteilen kann, Berlin sei im Würgegriff der Organisierten Kriminalität (OK), aber dass sogenannte Familienclans ein Problem für die Innere Sicherheit dieser Stadt sind, ist selbst für Zeitungsleser unübersehbar.

In der Morgenpost wird Bezirksbürgermeister Martin Hikel (SPD)

heute zitiert: „Wir haben in diesem Jahr alleine bei den Verbundeinsätzen 64 Geldspielgeräte versiegelt und elf beschlagnahmt. Damit wird aktiv Geldwäsche verhindert. Mehrere Dutzend Kilo unversteuerter Tabak, acht Verstöße gegen das Waffengesetz, ständige Funde von illegalen Drogen und zahlreiche vollstreckte Haftbefehle sprechen eine klare Sprache.“

Und weil das so ist, geht die Kripo immer wieder gegen Shisha-Bars vor, um die Gesundheit und Sicherheit der Gäste zu garantieren. Hikel weißt darauf hin, dass es in Neukölln keine rechtsfreien Räume gäbe, und dass „selbstverständlich“ nicht jeder Shisha-Barbetreiber und Gast kriminell sei. Aber solange dort „grobe Verstöße gegen geltende Gesetze“ vorkämen, müsse „der Rechtsstaat dranbleiben“.

Shisha-Bars und Wettbüros stehen dabei im Fokus des polizeilichen Interesses, „Nadelstiche gegen kriminelle Großfamilien“ seien deshalb angesagt.

So weit so gut und nachvollziehbar. Doch jetzt hat sich eine „Neuköllner Initiative ‚Kein Generalverdacht‘“ zu Wort gemeldet. Die Schwerpunktkontrollen von Polizei und Ordnungsbehörden seien „Schikane und Willkür“. In Medien werde „ein durch Vorurteile verzerrtes Bild von Neukölln als Gefahrenzone“ gezeichnet und würden diese Einrichtungen unter einen Generalverdacht gestellt.

Am kommenden Dienstagabend ab 19 Uhr will die Initiative einen Flashmob „als Aufbegehren gegen Schikane und Willkür im Rahmen der Shisha-Bar-Razzien“, veranstalten. Die Linke in Neukölln wirbt auf ihrer Internetseite für die Aktion. Das ist deshalb bemerkenswert, weil die Partei vor nicht allzulanger Zeit gegen eine gemeinsame BVV-Entschließung gestimmt hatte, die Antisemitismus im Bezirk konsequent verurteilte. Es ging dabei um Ausschreitungen während des „Palästinensertags“ auf dem Hermannplatz Anfang Mai. Dabei wurde ein Israeli von Migranten angegriffen. Für die Linke in Neukölln nur das Werk

eines „betrunkenen Provokateurs“.

Thomas Licher, Fraktionsvorsitzender der Linke in der BVV, trat daraufhin aus dem Neuköllner Bezirksverband seiner Partei aus. In einem Brief schrieb er damals: „Die Solidarisierung mit arabischen Großfamilien und Verteidigung dieser vor dem Vorwurf der ‘Bandenkriminalität’ halte ich für politisch falsch und ist für Außenstehende in keiner Weise nachvollziehbar.“

Dem kann man sich vorbehaltlos anschließen.